

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Kerstin Andreae,
Manuel Sarrazin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/4464 –**

**Nationales Reformprogramm 2015 – Wirtschaftspolitische Steuerung in
der EU ernst nehmen und Investitionen stärken**

A. Problem

Forderungen an die Bundesregierung, in ihrem Entwurf für ein Nationales Reformprogramm 2015 konkret benannte Maßnahmen aufzunehmen und sich auf europäischer Ebene für die Verbesserung des EU-Semesters einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/4464 abzulehnen.

Berlin, den 22. April 2015

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Bernd Westphal
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/4464** wurde in der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. März 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, das Verfahren des Europäischen Semesters ernst zu nehmen und in ihrem Entwurf für ein Nationales Reformprogramm 2015 insbesondere folgende Maßnahmen mit aufzunehmen:

- Investitionen in die Zukunft;
- Investitionen in ein zusammenwachsendes Europa;
- Förderung von Forschung und Innovation;
- Schaffung moderner Einwanderungsbedingungen für einen weltoffenen und innovativen Standort Deutschland;
- ambitionierter Beitrag zur Verringerung der Anzahl der von Armut und sozialer Abgrenzung bedrohter Menschen in der EU;
- Erleichterung der Erwerbsbeteiligung von Frauen;
- Stärkung der Aus- und Weiterbildung.

Außerdem soll sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für die Verbesserung des EU-Semesters einsetzen. Diesbezügliche Forderungen sind:

- Stärkung des Europäischen Parlaments;
- Umsetzen der EU 2020 Strategie;
- Festlegung verbindlicher Ziele und Empfehlungen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 18/4464 verwiesen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/4464 in seiner 33. Sitzung am 22. April 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/4464 in seiner 38. Sitzung am 22. April 2015 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/4464 zu empfehlen.

Berlin, den 22. April 2015

Bernd Westphal
Berichtersteller

